



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 18.02.2020**

<b>Ort:</b>	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:25 Uhr

### **Anwesende Personen**

#### **Vorsitzende/r:**

Bodner, Nicola

#### **Ordentliche Mitglieder:**

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar  
Frensch, Kristin  
Gegenheimer, Thomas  
Gutgesell, Andreas  
Herb, Artur  
Hörter, Frank  
Hruschka, Andreas  
Kirchenbauer, Achim  
Konstandin, Angelika  
Lüthje-Lenhardt, Monika  
Mohamed Fahir, Aisha  
Möller, Eva  
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.  
Reeb, Tilo  
Rendes, Markus  
Ringwald, Markus  
Rothweiler, Edelbert  
Rothweiler, Sonja  
Schaier, Barbara  
Schwarz, Simon  
Vogel, Roland, Dr.  
Vortisch, Volker Hans

#### **Schriftführer/in:**

Härer, Roland

#### **Verwaltung:**

Bauer, Christian  
Knobloch, Günter  
Kröner, Wolfgang  
Müller, Rüdiger  
Renz, Uwe  
Schönhaar, Tamara  
Sturm, Thomas

### **Nichtanwesende Personen**

#### **Ortsvorsteher/in:**

Oberle, Gebhard - entschuldigt



1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am .
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 13.02.2020.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderätin Fahir  
Gemeinderätin Schaier



## T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2020 **BV/529/2020**
  - Entwurf des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020
  - Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge
3. Eigenbetrieb Wasserversorgung **BV/530/2020**
  - Entwurf Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020
  - Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge
4. Eigenbetrieb Abwasser **BV/531/2020**
  - Entwurf Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020
  - Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge
5. Kommunale Klimapartnerschaft mit der Gemeinde Kidira/Senegal **BV/528/2020**
  - Beratung und Beschlussfassung
6. Lärmaktionsplanung 3. Runde (Fortschreibung) - Zwischenbericht und Offenlagebeschluss **BV/483/2019/1**
  - Beratung und Beschlussfassung
7. Bebauungsplan "Auf der Höhe / Grötzinger Straße", OT Berghausen **BV/507/2020/1**
  - Aufstellungsbeschluss
  - Beschluss über den Erlass einer Veränderungssperre
8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Modernes Wohnen in der Seltenbachstraße, 1. Änderung", OT Berghausen **BV/514/2020/1**
  - Entwurfs- und Offenlagebeschluss
  - Beschluss über den Abschluss des Durchführungsvertrages
9. Fortschreibung Landschaftsplan (LP) 2030 / Flächennutzungsplan (FNP) 2030 **BV/516/2020/1**
  - abschließender Beschluss Fortschreibung LP 2030
  - erneuter beschränkter Offenlagebeschluss Fortschreibung FNP 2030
10. Mitteilungen der Bürgermeisterin
11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



## 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Bürgermeisterin Bodner** teilt den Zuhörer\*innen mit, dass nun Gelegenheit zu Fragen, Anregungen und Vorschlägen der Einwohner\*innen besteht. Sie macht darauf aufmerksam, dass es diese Möglichkeit am Ende der Sitzung nochmals gibt. Es liegen jedoch keine Wortmeldungen vor.

## 2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2020 - Entwurf des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 - Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge

**Bürgermeisterin Bodner** erinnert daran, dass die Verwaltung in der Sitzung am 17.12.2019 den Entwurf des Haushalts 2020 eingebracht hat. Danach bestand für die Fraktionen die Gelegenheit, Fragen zu stellen oder Anträge einzureichen. Dies erfolge nach einem Procedere, das man sich in den vergangenen Jahren ausgedacht habe. Heute werde man die Anträge beraten, zuvor müsste aber über die in das neue Haushaltsjahr zu übertragenden Mittel, die 2019 nicht zur Auszahlung gekommen sind, formal beschlossen werden. Es handle sich um einen Betrag von 1.510.000 € auf der Einnahmeseite und um 3.387.500 € bei den Ausgaben, was zu einem Saldo von 1.877.500 € führe. Sie will wissen, ob über die zu übertragenden Mittel en bloc entschieden werden kann.

**Gemeinderat Dr. Rahn** erklärt, die ULiP habe zu den Überträgen zwei Änderungsanträge eingereicht, die vorher zu behandeln wären. Außerdem sei es so, dass es sich nicht nur um Überträge handle, sondern auch noch Summen verändert werden.

**Herr Sturm** macht den Vorschlag, die beiden Positionen (OZ 55 und 56) zurückzustellen und den Übertragungsbeschluss ohne diese zu fassen.

**Bürgermeisterin Bodner** greift diesen Vorschlag auf und stellt folgende **Abstimmungsfrage**:

**„Wer stimmt der Übertragung der nicht 2019 zur Auszahlung gekommenen Haushaltsmittel in das Haushaltsjahr 2020 mit Ausnahme der Ordnungsziffern 55 und 56 en bloc zu?“**

**Abstimmung:** **Einstimmige Zustimmung**

**Bürgermeisterin Bodner** teilt mit, man werde nun über die einzelnen Anträge einschließlich der als Tischvorlage eingereichten Anträge einzeln beraten und abstimmen. Sie bittet Herrn Sturm um den Sachvortrag.

**Herr Sturm** erklärt, man werde die Anträge in der Reihenfolge der Ordnungsziffern abarbeiten.

### OZ 21 – Klimaanlage/Hitzeschutz

**Herr Sturm** informiert, dass die Frage zur Dachsanierung des Rathauses 1 bereits beantwortet bzw. im Verwaltungs- und Finanzausschuss erläutert wurde. Zur Frage einer Klimaanlage in der Ortsverwaltung Berghausen gebe es einen Antrag der SPD-Fraktion und einen ähnlichen Antrag der CDU-Fraktion. Er gehe davon aus, dass es zu diesem Thema eine Einigkeit gebe, teilweise handle es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Eine kurze Grundsatzdiskussion könne man trotzdem gerne führen. Die Verwaltung werde dieses Thema in



der nächsten Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses nochmals aufgreifen.

**Gemeinderätin Konstandin** macht deutlich, der SPD-Fraktion wäre es wichtig, beim Thema Raumtemperatur auch die Schulen mit in die Überlegungen einzubeziehen. Falls es in Räumen Temperaturen zwischen 26 und 30 Grad gebe müsse man Erfrischungen anbieten, die Verwaltung könne überlegen, welche Lösungen möglich sind. Bei Temperaturen über 30 Grad brauche es andere Lösungen wie die Verdunkelung oder Klimaanlage. Die SPD-Fraktion schlage vor, zunächst den Haushaltsansatz zu streichen und das Ergebnis der Prüfung abzuwarten. Ansonsten sollte tatsächlich bei hohen Temperaturen den Mitarbeitern Wasser gereicht werden.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** macht darauf aufmerksam, dass die Grünen mit Klimaanlage ein Problem haben, weil diese kontraproduktiv noch mehr Strom verbrauchen und das Klima noch mehr belasten. Man sei ebenfalls für die Streichung des Ansatzes. Deshalb würde man darum bitten, im Rahmen des Gesamtkonzeptes alle Möglichkeiten auszuloten und nur im Extremfall Klimaanlage einbauen. Für diese Extremfälle fordere man allerdings Ausgleichsmaßnahmen zugunsten des Klimaschutzes.

**Gemeinderat Kirchenbauer** erinnert daran, man habe in der Vergangenheit auf ältere Gebäude gesetzt, die oberflächlich saniert wurden. Diese Gebäude könnten die teilweise enorme Hitze nicht abfangen. Auch die CDU-Fraktion sei dafür, jetzt den Haushaltsansatz zu streichen und stattdessen ein Konzept für alle öffentlichen Gebäude aufzustellen.

**Bürgermeisterin Bodner** fasst zusammen, beantragt werde die Streichung dieser Maßnahme im Haushalt 2020, wobei gleichzeitig an die Verwaltung ein Prüfauftrag für alle öffentlichen Gebäude mit Erstellung eines Gesamtkonzeptes ergeht. Dabei sind auch alternative Lösungen einzubeziehen.

**Sie stellt die Abstimmungsfrage, wer sich diesem Beschlussvorschlag anschließt und stellt eine einstimmige Zustimmung fest.**

#### OZ 45 - Ankündigungstafeln

**Herr Sturm** trägt den Antrag der SPD-Fraktion vor, an der Nordumgehung sowie an den Ortseingängen in Kleinsteinbach Ankündigungstafeln aufzustellen. Gemeint seien hier Infotafeln für Veranstaltungen, die auch von Vereinen genutzt werden können. Die Verwaltung schlage vor, den Betrag von 5.000 € als Platzhalter hierfür in den Ergebnishaushalt einzustellen.

**Gemeinderätin Konstandin** bittet um Erläuterung des Begriffes „Platzhalter“.

**Herr Sturm** antwortet, man wisse derzeit nicht, welche Kosten damit verbunden sind. Aus diesem Grund sollte der Betrag von 5.000 € eingestellt werden.

**Beschluss: An den Ortseingängen in Kleinsteinbach und an der Nordumgehung Söllingen sind Infotafeln für Veranstaltungen aufzustellen. Hierfür ist ein Betrag von 5.000 € einzustellen.**

**Abstimmung: 19 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

#### OZ 56 – Grunderwerb Salzwiesen

**Herr Sturm** berichtet von der Ablehnung der ULiP, den Kaufpreis für das Salzwiesen-Areal von 1,55 Mio. € auf 1,8 Mio. € zu erhöhen. Zwischenzeitlich liege ein neuer Antrag der ULiP vor, die OZ 55 und 56 komplett zu streichen. In diesem Fall könnte eine ganze Million Euro aus dem Haushalt herausgenommen werden.







**Gemeinderat Kirchenbauer** signalisiert, seine Fraktion ziehe den Antrag zurück. Die erforderlichen 15.000 € sollten über die Vereinsförderung bezuschusst werden.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt fest, man werde somit den Betrag für Investitionszuschüsse an Vereine bei OZ 178 um weitere 15.000 € aufstocken.

**Sie stellt die Abstimmungsfrage, wer dagegen ist. Nachdem keine Handzeichen zu erkennen sind, stellt sie die einstimmige Annahme dieses Vorschlags fest.**

#### OZ 202 – Südumfahrung Kleinsteinbach

**Herr Sturm** informiert über den Antrag der ULiP, keine Haushaltsmittel für Planungstätigkeiten einzustellen, weil nach deren Ansicht kein Geld für die Umsetzung dieses Projektes zur Verfügung steht. Es gehe hier also um das Streichen von Haushaltsmitteln in Höhe von 120.000 € im Ergebnishaushalt.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** teilt die Zustimmung der Grünen zum Antrag mit. Gründe hierfür seien nicht nur das Geld, sondern auch die ungünstige Lage der Trasse und der Naturschutz.

**Gemeinderat Kirchenbauer** macht darauf aufmerksam, dass Gutachten notwendig werden, um eine Planung vorantreiben zu können. Aus seiner Sicht stelle sich die konkrete Frage, ob der Betrag von 120.000 € im Jahr 2020 tatsächlich benötigt wird oder auch eine geringere Summe ausreichen würde.

**Herr Knobloch** geht kurz auf die Historie dieses Projekts ein. Die Planung sei bereits vor mehr als zehn Jahren eingeleitet worden, sie sei allerdings nicht weiterverfolgt worden, weil parallel dazu der Kreisverkehr in Kleinsteinbach gebaut wurde und die übergeordneten Behörden meinten, die Planung sei schädlich für die Realisierung des Kreisverkehrs. Seit dieser Zeit habe man die Planung nicht weiterbetrieben. Nicht die Verwaltung, sondern die Politik habe die Südumfahrung im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplans 2018/19 wieder ins Spiel gebracht und 100.000 € an Planungsgelder eingestellt. Es habe den Vorsatz gegeben, diese Planung auch realisieren zu wollen. Die Verwaltung habe daraufhin erste Untersuchungen beauftragt, weil der Suchkorridor für die Straße nicht unkompliziert ist und Betroffenheiten durch das Landschaftsschutzgebiet und den Artenschutz vorliegen. Auch die topografischen Verhältnisse seien schwierig. Überlegungen seien dahin gegangen, die Brückenzufahrt nach Remchingen-Singen zu benutzen, auch Überlegungen zur Nutzung der alten Bocksbachbrücke in Richtung Mutschelbach habe es gegeben. Diese Hintergründe hätten die Verwaltung vor etwa eineinhalb Jahren dazu bewogen, die in Frage kommenden Flächen untersuchen zu lassen. Er sei allerdings davon ausgegangen, dass die ökologischen Gutachten früher vorliegen werden. Die Gutachten lägen seit etwa Januar 2020 vor und müssten nun zuerst gesichtet werden. Die 120.000 € seien gewählt worden, weil man damit auch einen ersten Vorentwurf ausarbeiten lassen wollte. Er gehe aber davon aus, dass man erst im Sommer 2020 wissen wird, ob es realistisch ist, die Südumfahrung bauen zu können und unter welchen Voraussetzungen. Möglicherweise könnten für weitere Untersuchungen in diesem Jahr also 50 – 60.000 € ausreichen.

**Gemeinderat Schwarz** bedankt sich für die Informationen und lässt wissen, aus seiner Sicht stelle sich die Frage, ob diese Straße grundsätzlich benötigt wird. Dies deshalb, weil einerseits das Bauamt keine Kapazitäten frei hat und diese Straße momentan auch finanziell nicht umsetzbar sei. Er frage sich, warum man also hierfür jetzt Geld in die Hand nehmen sollte und sei mit seiner Meinung bei der ULiP, wonach die Mittel zu streichen sind. Wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt benötigt werden, könne man erneut darüber nachdenken und Haushaltsmittel bereitstellen.



**Gemeinderätin Eisenbusch** kann sich vorstellen, den Betrag für diesen Haushalt zu kürzen. Zunächst gehe es in dieser Sache darum, Vorarbeiten zu leisten, auf deren Basis eine spätere Entscheidung möglich ist. Sie gebe zu bedenken, dass die Anwohner entlang der Bockstalstraße und der Pforzheimer Straße in einem gesundheitskritischen Bereich leben. Wie sich hier die europäische Rechtsprechung entwickle, wisse man nicht. In Berghausen gebe es zur Lösung nur die aktuelle Planung der Umfahrung, was allerdings nicht die ideale Lösung sei. Gleiches treffe auch auf Kleinsteinbach zu, wo es zunächst nur darum gehe, eine Planung zu haben für den Fall, dass die Durchgangsstraßen aus Gründen beispielsweise des Gesundheitsschutzes eventuell geschlossen werden müssen. Ob dieser Fall eintrete wisse man nicht, man müsse aber gewappnet sein.

**Gemeinderat Kirchenbauer** meint, seine Fraktion könne sich mit einer Kürzung des Betrags einverstanden erklären. Eine Lösung halte man allerdings für dringend geboten, insbesondere auch wegen der derzeit kritischen Zufahrt zur Firma Edelstahl Roßwag. Hier brauche man eine Lösung für die LKW, die in dieser Planung integriert wäre. Er plädiere deshalb dafür, die Planung nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern voranzutreiben. Eine bessere Zufahrt zur Firma ohne Querung der Wohngebiete sei unbedingt erforderlich.

**Gemeinderat Schwarz** meint, er habe das Gefühl, dass die Probleme der Zukunft mit den Lösungen der Vergangenheit bewältigt werden sollen. Ihm stelle sich die Frage, ob sich generell andere Alternativen zur Südumfahrung finden. Er sehe die Lösung nicht in der Südumfahrung und auch nicht in den Kosten, die hierfür entstehen. Seine Fraktion wolle wegkommen von mehr Individualverkehr, von einem Mehr an Fahrzeugen und neuen Straßen. Die momentane Lösung überzeuge nicht.

**Gemeinderat Dr. Rahn** stimmt seinem Vorredner zu. Eine Südumfahrung werde keine Lösung für das Problem in der Bockstalstraße sein. Die Erfahrungen würden zeigen, dass Umfahrungsstraßen generell die Orte nicht so stark entlasten, dass eine spürbare Lärmminde- rung für die Bevölkerung entsteht.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** meint, das Argument der Verwaltung in der Antwort auf den Antrag der ULiP habe nicht überzeugt. Gemeint sei die Darlegung, wonach der Sinn der Südumfahrung auch dadurch belegt werde, dass es einen GVFG-Zuschuss geben wird. Dies sei überhaupt kein verkehrsplanerisches Argument.

**Herr Knobloch** verdeutlicht, einen Zuschuss aus dem GVFG würde es nicht geben, wenn die neue Straße keine Entlastungsfunktion für den Ort hätte.

**Bürgermeisterin Bodner** leitet danach die Abstimmung ein. Sie erklärt, zunächst über den weitreichendsten Vorschlag abstimmen zu lassen, was die komplette Streichung des Haushaltsansatzes wäre. Sie stellt folgende Abstimmungsfrage:

**„Wer stimmt der Streichung der Haushaltsmittel in Höhe von 120.000 € im Ergebnishaushalt zu?“**

**Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

**Bürgermeisterin Bodner** macht deutlich, die Verwaltung schlage vor, die Haushaltsmittel auf 60.000 € zu kürzen. Sie stellt folgende Abstimmungsfrage:

**„Wer stimmt einem Haushaltsansatz von 60.000 € für die weitere Planung der Südum- fahrung zu?“**

**Abstimmung: 14 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**



**Herr Sturm** erläutert das Anliegen der SPD-Fraktion, eine Auflistung der Ein- und Ausgaben dieser Einrichtung zu erhalten. Er sei der Meinung, dass man dieses Thema gesondert in einer weiteren Sitzung diskutieren müsse.

**Gemeinderätin Eisenbusch** teilt mit, die Beantwortung der Frage habe sich inzwischen erledigt.

#### OZ 229 – Generalsanierung Georgstraße

**Herr Sturm** trägt den Antrag der SPD-Fraktion vor. Der Haushaltsansatz von 260.000 € sollte gestrichen werden und die Sanierung erst nach Abwicklung der Baustelle Martinshaus und gleichzeitig mit der Sanierung der B 10 erfolgen. Ein Antrag der CDU-Fraktion verfolge das Ziel, die Haushaltsmittel zu streichen und als Verpflichtungsermächtigung für den nächsten Haushalt vorzusehen.

**Gemeinderätin Eisenbusch** erklärt, die SPD-Fraktion könne sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion anschließen.

**Herr Knobloch** macht deutlich, dass man bei einer Streichung sogar noch weitere Einsparungen verzeichnen wird. Wenn nämlich kein Straßenbau erfolge, werde es auch keine Erneuerung der Wasserleitung und des Kanals geben. Insofern spare man neben den Sanierungskosten für die Georgstraße auch die Kosten für den Kanal mit 130.000 € und für die Wasserleitung mit zwei Mal 80.000 €.

**Gemeinderätin Eisenbusch** will wissen, wann das Martinshaus mit dem Neubau beginnt.

**Frau Schönhaar** erklärt, mit dem Martinshaus stehe die Verwaltung in Kontakt. Vermutlich werde im Mai der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan gefasst. Dieses Bebauungsplanverfahren wolle man zügig abwickeln, es könnte eventuell bereits am Jahresende als Satzung beschlossen werden.

**Gemeinderat Kirchenbauer** gibt Erläuterungen zum Antrag der CDU-Fraktion. Die Sanierung der Georgstraße dürfe man nicht vergessen, weshalb eine Verpflichtungsermächtigung sinnvoll ist. Damit könne man den Bürger\*innen zeigen, dass sie eine neue Straße erhalten, wenn die Belastung durch die Zufahrt zum Martinshaus beendet ist.

**Gemeinderat Rothweiler** meint, die Georgstraße hätte es nach Jahren eines desolaten Zustands verdient, saniert zu werden. Die Bauherrschaft des Martinshauses könnte man zwingen, die Baustelle nur von der B 10 aus anzudienen. Damit würden der Fuß- und Radweg und die Georgstraße nicht benötigt, mit der Sanierung der Georgstraße könnte man sofort beginnen.

**Herr Knobloch** gibt Erläuterungen zum aktuellen Stand in dieser Sache. Das Martinshaus beabsichtige derzeit nicht, den Abtransport des Materials über den Weg und die Georgstraße vorzunehmen. Allerdings könnte es sein, dass von der Polizei die Ausfahrt auf die B 10 verboten wird, wenn negative Auswirkungen auf die B 10 entstehen. Für die Gemeinde stelle die Georgstraße einen wichtigen Zugang zur Haltestelle dar. Sie sei außerdem so ausgelegt, dass Fahrzeuge bis 40 Tonnen sie befahren können. Andererseits bestehe eine Verkehrssicherungspflicht gegenüber den Radfahrern, weshalb eine Sanierung angebracht sei. Er spricht davon, dass das Gremium nun eine politische Entscheidung zu treffen habe.

**Gemeinderätin Möller** stellt fest, es gebe Einigkeit in der Feststellung, dass die Georgstraße saniert werden muss. Das Risiko bestehe darin, dass wegen der Baustelle des Martinshauses und einer möglichen Zufahrt zur Baustelle über die Georgstraße diese Straße in Mitleidenschaft gezogen wird. Sie sehe auch vor diesem Hintergrund keine Notwendigkeit, eine





Polizei und Verkehrsbehörde stattgefunden hat. Diese beiden Behörden würden die Anregung der Gemeinde beraten und anschließend auf die Verwaltung zukommen.

#### OZ 240 – Geschwindigkeitsanlage Jöhlinger Straße

**Herr Sturm** erläutert die Frage der Fraktion der Grünen und den Antrag der CDU-Fraktion. Auch diese Sache liege nicht in der Zuständigkeit der Gemeinde.

**Gemeinderat Kirchenbauer** informiert, nach seinen Recherchen müsste die Gemeinde Untere Polizeibehörde werden, um auf diesem Gebiet tätig sein zu können. Diese Möglichkeit sollte man im Gremium thematisieren und klären, auf welchem Weg man ist.

**Herr Knobloch** macht darauf aufmerksam, dass die Gemeinde bereits heute schon örtliche Polizeibehörde werden könnte. Als Örtliche Polizeibehörde könne man aber noch keine Bußgelder kassieren. Es führe also kein Weg daran vorbei, die Einwohnergrenze von 20.000 zu erreichen.

**Gemeinderat Rothweiler** findet es schade, dass es in der Jöhlinger Straße keine Überwachung mehr gibt. Aus diesem Grund sollte man darüber nachdenken, eine mobile Messstation anzuschaffen, die genaue Angaben liefert über die gefahrene Geschwindigkeit und das Fahrzeug, um gegenüber den Behörden mit diesen Zahlen besser argumentieren zu können.

**Herr Knobloch** weist darauf hin, dass es bereits Messstellen der Firma CAT an den Bundesstraßen gibt. Diese Messstellen könnten bis zu sechs unterschiedliche Fahrzeugarten unterscheiden, sogar bis zum Fahrrad. Er sei der Meinung, dass ohne bußgeldbewehrte Messanlage keine Verbesserung erzielbar ist. Hierzu müsste eine Umstellung auf eine digitale Messanlage erfolgen, wozu allerdings Geld einzustellen wäre.

**Gemeinderat Hörter** geht auf die Überlegung ein, dass die Gemeinde Örtliche Polizeibehörde werden könnte. Diesen Gedanken sollte man zurückstellen, weil es neben Vorteilen auch Nachteile gebe. Ergänzend könne er hierzu mitteilen, dass der Landkreis beschlossen hat, einen vierten Geschwindigkeitsmesszug einzurichten. Geschwindigkeitsmessungen in Pfinztal könnten dann möglicherweise öfter stattfinden.

**Gemeinderat Rothweiler** erläutert, ihm gehe es nicht nur um das Zählen der Fahrzeuge, sondern dass bei Überschreitungen Anzeigen erstattet werden. Am Ende einer Messung müsste bei Zuwiderhandlung auf jeden Fall ein Bußgeld verhängt werden.

**Herr Knobloch** weist darauf hin, dass unter OZ 244 ein Antrag der SPD-Fraktion behandelt wird. Dort gehe es um die Anschaffung einer Geschwindigkeitsanzeige für den Reutweg. Er schlage vor, eine Anlage mehr zu kaufen und diese an der B 10 zu platzieren. Der Kaufpreis würde sich in diesem Fall von 12.000 € eventuell auf 16.000 € erhöhen.

**Gemeinderätin Konstandin** äußert sich zu den Smileys mit Geschwindigkeitsanzeige, wie beispielsweise am Ortseingang in Söllingen. Sie halte dies für eine gute Sache, die viel bringe. Viele Autofahrer würden aus diesem Grund ihre Geschwindigkeit drosseln.

**Gemeinderat Ringwald** erklärt, man tue sich in der CDU-Fraktion schwer, Geld auszugeben für etwas, wo man nichts verdient. Hier würde man eine wirtschaftliche Grundlage für andere schaffen. Auf jeden Fall sollte man die alten Kästen hängen lassen, sie hätten auf jeden Fall eine abschreckende Wirkung.

**Bürgermeisterin Bodner** fasst zusammen, man werde den Sperrvermerk bei OZ 240 löschen und vorschlagen, unter OZ 244 eine zusätzliche Geschwindigkeitsanzeige zu erwerben. Sie stellt fest, dass es hierzu keine Einwände gibt.





Verwaltung ein Gesamtkonzept erarbeiten zu lassen.

**Bürgermeisterin Bodner stellt die Abstimmungsfrage, wer der Einstellung von 5.000 € zur Installation von Mitfahrbänken zustimmt. Sie stellt eine einstimmige Zustimmung fest.**

OZ 244 – Geschwindigkeitsanzeige Reutweg

**Herr Sturm** trägt den Antrag der SPD-Fraktion auf Anschaffung von Geschwindigkeitsanzeigen im Reutweg sowie an den Ortsteingängen von Kleinsteinbach vor. Die Verwaltung schlägt vor, 12.000 € für diese benötigten vier Anzeigen einzustellen bzw. diesen Betrag auf 16.000 € zur Anschaffung einer weiteren Anlage für die Jöhlinger Straße (OZ 240) aufzustocken.

**Gemeinderätin Schaier** teilt mit, im Reutweg gebe es bereits eine Anzeige, wegen der vielen Baustellenschilder in dieser Straße werde diese aber kaum wahrgenommen. Persönlich habe sie festgestellt, dass tatsächlich viele Autofahrer in dieser Straße zu schnell fahren.

**Gemeinderätin Frensch** lässt wissen, sie sei für eine Anzeigetafel, die mobil sein sollte, um auch an anderen Stellen eingesetzt werden zu können.

**Beschluss: Einstimmige Zustimmung zur Einstellung eines Betrags von 16.000 €.**

OZ 255 – Fahrradgaragen S-Bahn-Haltestelle Hummelberg

**Herr Sturm** teilt mit, man habe einen Haushaltsansatz von 18.000 € für die Errichtung von Fahrradgaragen bei der Haltestelle Hummelberg vorgesehen. SPD-Fraktion und CDU-Fraktion hätten darüber hinaus beantragt, diese Einrichtung auch an anderen Haltestellen vorzusehen bzw. dies zu prüfen. Die Frage, warum die Haltestelle Hummelberg als Pilotprojekt ausgewählt wurde, habe man beantwortet.

**Gemeinderätin Eisenbusch** erklärt, ihre Fraktion habe ursprünglich die Anschaffung von Fahrradgaragen an dieser Haltestelle ablehnen wollen, nach der Begründung durch die Verwaltung sei dies aber in Ordnung. Unabhängig davon sollte sich die Verwaltung Gedanken machen, mit welchem Konzept auch die anderen Haltestellen mit Fahrradgaragen bestückt werden können.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhard** macht deutlich, dass immer mehr Menschen mit einem E-Bike unterwegs sind. Die Haltestelle Hummelberg sei stark frequentiert und unbeaufsichtigt, weshalb die Errichtung von Fahrradgaragen unterstützt wird. Danach sollte auch ein Konzept für die anderen Haltestellen ausgearbeitet werden.

**Gemeinderätin Möller** ergänzt, wenn das ICT einen Zuschuss für die Fahrradgaragen an der Haltestelle Hummelberg leisten würde, hätte man noch bessere Argumente in der Hand. Sie schlägt vor, die Verwaltung sollte dort diesbezüglich nachfragen.

**Gemeinderat Kirchenbauer** weist auf das Gesamtkonzept zum behindertengerechten Ausbau der Stadtbahnhaltestellen hin. Hierfür gebe es GVFG-Mittel. Wenn also dieser behindertengerechte Ausbau erfolgt, sollten die Fahrradgaragen integriert werden. Für die Haltestelle am Hummelberg halte er die Fahrradboxen für geeignet; es gebe aber auch noch andere Konzepte, um deutlich mehr Fahrräder an den Haltestellen unterbringen zu können. Er schlägt vor, die Verwaltung sollte sich in dieser Sache kundig machen.

**Gemeinderat Schwarz** hält es für angebracht, die Errichtung von Fahrradgaragen an den Stadtbahnhaltestellen höher zu priorisieren, denn das Fahrradfahren in Verbindung mit dem ÖPNV werde in der Zukunft immer wichtiger.





vor.

**Gemeinderat Ringwald** erklärt, die CDU-Fraktion erkläre sich mit diesem Vorgehen einverstanden. Trotzdem halte man die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts mit Einbeziehung der B 293-Planung und die Prüfung, ob das sehr schöne Areal des Martinshauses für einen Kleinkinderspielplatz verwendet werden kann, für erforderlich.

**Gemeinderat Rothweiler** bezeichnet die unterschiedlichen Meldungen zum Bolzplatz Kohl-erwiese als „Rumgeeiere“. Dadurch lege man den Bolzplatz lahm, weil er sich momentan in einem erbärmlichen Zustand befinde. Dieser Zustand müsse schnellstens behoben werden.

**Herr Knobloch** verweist auf eine Aussage aus dem Regierungspräsidium, wonach für die B 293-Ortsumgehung keine Fläche des Bolzplatzes benötigt wird.

**Bürgermeisterin Bodner** ergänzt, Herr Speer sei im Ortschaftsrat gewesen und habe informiert. Zusätzlich habe die Verwaltung das Regierungspräsidium angeschrieben und eine schriftliche Antwort erhalten, dass keine Fläche des Spielplatzes benötigt wird.

**Gemeinderätin Frensch** bittet um Auskunft, ob der Bolzplatz derzeit geschlossen ist.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, der Bolzplatz sei nach wie vor bespielbar. Momentan gehe es um die Frage was passiert, wenn später die Ortsumgehung in diesem Bereich gebaut wird. Sie fasst zusammen, dass die Mittelanmeldung von der Verwaltung zurückgezogen wurde.

#### OZ – 286 – Projekt Naturschutzflächen

**Herr Sturm** erklärt, hier gebe es aus der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses quasi einen fraktionsübergreifenden Antrag, Mittel in Höhe von 50.000 € für die ökologische Aufwertung von vorhandenen Grünflächen im öffentlichen Raum einzustellen. Die CDU-Fraktion habe zusätzlich beantragt, diese Mittel auf 100.000 € zu erhöhen und Aktionen für die Bürger wie Baumpflanzaktionen mit einzubeziehen.

Auf die Frage von **Gemeinderätin Lühje-Lenhardt**, ob es nun um den Betrag von 100.000 € gehe wird ihr geantwortet, dass dies nicht der Fall sei. Sie will weiter wissen, ob es sich um die Eder-Flächen handelt. Die Fraktion der Grünen beantragte die Einstellung von 100.000 € für diese Maßnahmen.

**Bürgermeisterin Bodner** hält es für fraglich, ob dieses Geld auch tatsächlich in diesem Jahr verbraucht werden kann.

**Herr Sturm** erklärt, im Verwaltungs- und Finanzausschuss habe man sich darauf verständigt, bei diesem Thema 50.000 € und unter dem Stichwort „Klimaoffensive Pfinztal“ nochmals 50.000 € einzustellen, sodass ein Betrag von 100.000 € vorhanden sei.

**Bürgermeisterin Bodner** fasst zusammen, dass es beim aktuellen Projekt um die Einstellung von 50.000 € für die Naturschutzflächen geht. **Sie stellt die Abstimmungsfrage, wer dem zustimmt.**

Nach Zählung der Handzeichen stellt **Herr Kröner** eine **einstimmige Zustimmung** fest.

#### Klimaoffensive Pfinztal

**Herr Sturm** berichtet, zu diesem Thema gebe es den fraktionsübergreifenden Antrag, einen Betrag von 50.000 € in den Ergebnishaushalt einzustellen.



**Bürgermeisterin Bodner** stellt die Abstimmungsfrage, **wer der Einstellung von 50.000 € in den Ergebnishaushalt für die Klimaoffensive Pfinztal zustimmt.**

**Abstimmung: Einstimmige Zustimmung**

OZ 318 – Neue Ortsmitte Söllingen

**Herr Sturm** liest den Antrag der Fraktion der Grünen und von Frau Frensch vor. Über diese Sache müsse man zu einem anderen Zeitpunkt gesondert beraten und eine Grundsatzdiskussion führen.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** signalisiert, die Fraktion der Grünen sei mit der Antwort der Verwaltung zufrieden.

Öffentliches WLAN

**Herr Sturm** verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion, einen Betrag von 1000 € für die Bereitstellung eines freien WLAN in den Ergebnishaushalt einzustellen.

**Gemeinderat Dr. Rahn** macht deutlich, die ULiP unterstütze diesen Antrag nicht. Man halte dies für eine unnütze Geldausgabe, weil die meisten Menschen kein öffentliches WLAN benötigen.

**Gemeinderätin Fahir** macht deutlich, es gebe zwar Flatrates, diese seien aber nicht immer umfangreich und schnell. Zur digitalen Gesellschaft gehöre es dazu, dass es Flächen mit öffentlichem WLAN gibt. Wenn Pfinztal modern sein wolle, gehöre dies dazu. Der benötigte Betrag sei nicht hoch, von der Jugend werde diese Einrichtung gewünscht.

**Gemeinderätin Frensch** signalisiert ihre Zustimmung zu dieser Geldausgabe. Sie finde freies WLAN eine gute Sache, zusätzlich sei ihr auch der soziale Aspekt wichtig. 1000 € seien gut angelegtes Geld.

**Gemeinderat Ringwald** teilt die Zustimmung der CDU-Fraktion mit.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt folgende Abstimmungsfrage: „**Wer stimmt der Einstellung von 1.000 € in den Haushalt der Gemeinde zur Schaffung eines öffentlichen WLAN in den Ortszentren von Kleinsteinbach und Wöschbach zu?**“

**Abstimmung: 21 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen**

Toilette Rokycany-Platz Kleinsteinbach

**Herr Sturm** teilt mit, hier gebe es einen Antrag der SPD-Fraktion. Die Verwaltung gehe davon aus, dass hierfür Kosten in ähnlicher Höhe wie in Berghausen beim Bahnhofsplatz anfallen werden. Dort hatte man Mittel in Höhe von 150.000 € angemeldet.

**Gemeinderat Gegenheimer** weist darauf hin, dass die Realisierung einer Toilettenanlage am Rokycany-Platz seit Jahren auf der Wunschliste in Kleinsteinbach steht, weil dort immer wieder Veranstaltungen durchgeführt werden. Vom Ortschaftsrat Kleinsteinbach gebe es eine interessante Idee, nämlich die alte Trafostation der EnBW zu erwerben. In dieses Gebäude könnte die Toilettenanlage integriert werden.

**Gemeinderätin Konstandin** bestätigt die vielfältigen Veranstaltungen auf dem Rokycany-Platz. Ältere Menschen würden daran aber nicht teilnehmen, weil es dort keine Toiletten gebe. Der Platz könnte noch besser genutzt werden, beispielsweise für ein morgendliches Matinee. Eine Toilette sei ein jahrelanger Wunsch aus Kleinsteinbach.

**Gemeinderätin Möller** stellt fest, die Realisierung würde dazu führen, dass weitere 150.000





renoviert. Diese Form der Miete halte man für die einzige Möglichkeit, um an günstigen Wohnraum zu gelangen. Wenn man also dieses Karlsruher Modell auf Pfinztal übertragen will, müsse man Geld für die benötigten Investitionen haben.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu diesem Antrag.

**Gemeinderat Kirchenbauer** meint, dieser Vorschlag des Karlsruher Bürgermeisters Lenz sei die einzig verbliebene Möglichkeit, um an kostengünstige Wohnungen zu gelangen. Wenn sich dies auf die Gemeinde Pfinztal übertragen lasse, sollte man diesen Lösungsweg mit zwei bis drei Wohnungen ausprobieren. Vor diesem Hintergrund stimme die CDU-Fraktion dem Antrag zu.

**Herr Müller** berichtet, die Verwaltung sei dabei, zwei Wohnungen unter dieser Maßgabe anzumieten. Die Investitionskosten würden etwa 8.000 € betragen, die Wohnungen könne man auf zehn Jahre anmieten. Wenn man hierfür Mittel zur Verfügung hätte, wäre das eine gute Sache.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt die **Abstimmungsfrage, wer dem Antrag der SPD-Fraktion auf Einstellung von 50.000 € zur Beschaffung von Wohnraum zustimmt.**

**Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung**

#### Bürger- und Jugendbeteiligung

**Herr Sturm** erklärt, es liege ein Antrag der Fraktion der Grünen und von Frau Fensch vor, die Mittel für die Bürger- und Jugendbeteiligung von 50.000 € auf 100.000 € zu erhöhen. Die Begründung hierzu trägt er im Wortlaut vor.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** ergänzt, ihre Fraktion halte die Bürgerbeteiligung für eine ganz wichtige Aufgabe. Es sei wichtig, die Bevölkerung aktiv zu beteiligen, dafür müsste man Geld in die Hand nehmen, um die momentane Akzeptanz hoch zu halten. Sie verweist auf die Jugendbeteiligung, wo es Aufträge für die Verwaltung gegeben habe. Ihre Fraktion meine, man sollte hierfür einen finanziellen Puffer haben, weshalb die Mittel von 50.000 € auf 100.000 € aufgestockt werden sollten.

**Herr Kröner** ist der Meinung, dass der Betrag von 50.000 € ausreichen sollte. Dies sei die Erfahrung aus dem vergangenen Jahr, wo diverse Beteiligungen, auch im Rahmen der Gemeindeentwicklungsplanung „Pfinztal 2035“, durchgeführt wurden.

**Herr Bauer** ist gleicher Meinung. Er hält es für möglich, im Bedarfsfall überplanmäßige Ausgaben zu bilden und macht darauf aufmerksam, dass die Bürgerbeteiligung auch personell leistbar sein sollte.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** erklärt, sofern die Verwaltung dies garantiere sei man damit einverstanden. Ihre Fraktion sei aber davon ausgegangen, dass auch neue Formate entwickelt werden müssten. Insbesondere die Jugend sollte man im Blick haben und eventuell digital Möglichkeiten der Kommunikation schaffen, wofür sicherlich Geld benötigt wird.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, man freue sich sicherlich in der Verwaltung, wenn ein größeres Finanzvolumen zugestanden wird. Sie halte momentan aber die 50.000 € für ausreichend. Für die Installation einer „Dorfplatz-App“ seien im übrigen weitere 20.000 € bereitgestellt, so dass man in Summe 70.000 € zur Verfügung hat.



**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** signalisiert danach, dass die Fraktion der Grünen ihren Antrag zurückzieht.

#### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung

**Herr Sturm** berichtet anschließend vom Antrag der Fraktion der Grünen zusammen mit Gemeinderätin Fensch, zur professionelleren Gestaltung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Stelle als Vollzeitstelle einzurichten. Er trägt dem Gremium die Begründung mit den angedachten Verantwortungsbereichen für diese Stelle vor. Diese personellen Mehraufwendungen sollen mit 30.000 € finanziert werden.

**Gemeinderätin Konstandin** stellt die Frage, woher der Betrag von 30.000 € resultiert. Sie halte diesen Betrag nicht für üppig und will wissen, wie diese Stelle eingruppiert ist.

**Herr Sturm** antwortet, die entsprechende Stelle sei in Entgeltgruppe 8 eingruppiert, die geforderten 30.000 € halte er als Aufstockung einer bereits vorhandenen Halbtagesstelle für ausreichend.

**Bürgermeisterin Bodner** meint, man brauche dieses erhöhte Budget in diesem Jahr noch nicht, weil altersbedingt Personalveränderungen in diesem Bereich anstehen. Man wolle haben, dass die momentan mit dieser Aufgabe betraute Person dies noch weiter bearbeiten kann.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** erklärt, ihre Fraktion habe es sich so gedacht, dass eine weitere Halbtagskraft hinzukommt, die von der momentanen Mitarbeiterin eingearbeitet wird. Insofern handle es sich in der Summe um eine ganze Stelle.

**Gemeinderätin Eisenbusch** weist darauf hin, dass momentan ein Organisationsgutachten für die Verwaltung in Auftrag gegeben wird. Sie halte es für angebracht, das Ergebnis dieses Gutachtens abzuwarten, da dieses sicherlich zu bestimmten Veränderungen führen wird.

**Gemeinderätin Fahir** regt an, dem Aufgabenbereich der Öffentlichkeitsarbeit auch die Errichtung einer Instagram-Seite mit interaktiven Angeboten für die Jugend zuzuordnen. Insbesondere eine solche Aufgabe koste Zeit. Sie halte es für wichtig, auch solche Medien zu bedienen.

**Gemeinderätin Möller** erklärt, für die ULiP habe dieses Thema keine Priorität, man werde sich dem Antrag nicht anschließen. Man müsse überlegen, dass man sich damit auf Dauer eine volle Stelle einrichtet, was zu permanenten Kosten führt. Digitale Auftritte könnten auch an externe Dienstleister vergeben werden.

**Gemeinderat Kirchenbauer** verweist auf die Diskussion im Verwaltungs- und Finanzausschuss. Dort sei mitgeteilt worden, dass im kommenden Jahr eine altersbedingte Fluktuation ansteht. Vor diesem Hintergrund werde seine Fraktion in diesem Jahr dem Antrag nicht zustimmen. Sofern im Jahr 2021 eine Aufstockung benötigt wird, sollte die Verwaltung dies rechtzeitig sagen, seine Fraktion werde dem nicht entgegenstehen.

**Gemeinderätin Fahir** hält es für nötig, dass sich ein bis zwei Personen in eine solche Aufgabe einarbeiten müssen, um dies professionell abwickeln zu können. Sie halte es für wichtig, dass die Gemeinde nach außen eine gute Präsentation aufweist, um die Arbeit des Gemeinderats auch nach außen tragen zu können. Sie stehe deshalb hinter dem Antrag.

**Gemeinderätin Konstandin** meint, natürlich sei es wichtig, wie sich eine Gemeinde nach außen präsentiert. Angesichts der Finanzlage der Gemeinde müsse man sich aber fragen, ob dieses Thema Priorität hat. Es gehe zunächst nicht um das Präsentieren, sondern ganz ein-











Eltern. Es gehe darum, möglichst geschlossene Kitas zu vermeiden. Übrigens hätten die Kirchen bereits einen Erzieherinnenpool gebildet. Er spreche sich dafür aus, über den Haushalt einen Erzieherinnenpool aufzubauen, dies halte er für eine gute Lösung im Sinne der Eltern.

**Gemeinderat Schwarz** lässt wissen, er sei anfangs vom Sinn dieses Antrags nicht überzeugt gewesen, inzwischen habe er seine Meinung geändert. Ihm sei die Beantwortung von zwei Fragen wichtig. Zum Einen wolle er wissen, wie viele Stellen im Gemeindekindergarten unbesetzt sind und zweitens ob es die Bereitschaft der Kirchen gebe, die Erzieherinnen des Pools in den kirchlichen Einrichtungen einzusetzen.

**Herr Sturm** antwortet, die kommunale Einrichtung sei im Moment gut besetzt. Man wisse allerdings nicht, was morgen kommen wird, es gebe immer wieder Krankheitsfälle oder Schwangerschaften mit Beschäftigungsverbot. Die beantragte Stelle würde in der Gemeinde auf jeden Fall in dieser Sache etwas Luft verschaffen. Die Bereitschaft der Kirchen sei gegeben, diese dürften allerdings nicht selber einstellen.

**Gemeinderätin Möller** spricht die Gefahr an, dass man sich mit einer Pool-Stelle selber Konkurrenz schafft, indem sich eine Erzieherin bewirbt, die bereits in einer anderen Einrichtung in Pfinztal tätig ist.

**Bürgermeisterin Bodner** meint, auf die öffentliche Ausschreibung kann sich jeder bewerben. Die eigentliche Frage sei doch, ob man Springer sein möchte, auch angesichts der Tatsache, dass in den Einrichtungen verschiedene Konzepte verfolgt werden. Insofern sei die Tätigkeit als Springer eine Herausforderung. Sie weist darauf hin, dass man momentan von einer Person im Pool spreche.

**Gemeinderätin Möller** lässt erkennen, dass sie gewisse Zweifel hat. Angesichts der momentanen Notlage könnte allerdings ein Versuch unternommen werden.

**Gemeinderätin Fahir** bezeichnet es als Vorteil der Erzieherinnen im Gemeindekindergarten, dass diese Stellen besser bezahlt sind. Dies könnte ein zusätzlicher Anreiz sein. Sie erklärt die Hintergründe der SPD-Fraktion für diesen Antrag. Man sei von einer Mutter aus Wöschbach angeschrieben worden, die sich sehr unzufrieden über die Situation in Wöschbach geäußert hat, weil dort keine freien Plätze vorhanden sind bzw. die Kinder teilweise in andere Ortsteile gefahren werden müssen. Die Befürwortung des Antrags könnte ein erster Schritt für eine Besserung sein.

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf den Kindergartenbedarfsplan, der bald beschlossen wird. Sie macht darauf aufmerksam, dass sämtliche Träger von Einrichtungen sich derzeit personellen Herausforderungen ausgesetzt sehen, die Gemeinde letztlich im Ganzen für die Kinderbetreuung verantwortlich ist.

**Gemeinderätin Frensch** erklärt, sie kenne die Problematik, auch das Schreiben aus Wöschbach, und sei generell für diese Stelle. Allerdings müsste man sich langfristig auf den Weg machen und sich fragen, wo man künftig die Erzieher\*innen her bekommt. Wenn ein Fachkräftemangel in diesem Bereich herrscht müsste man sich vielleicht bei den Trägern auch ein Stück weit öffnen und vielleicht auch einmal eine Krankenschwester oder einen Pädagogen einstellen. Weil diese Problematik für das ganze Land gelte, müsse man sich nach vorne bewegen. Sie könne sich vorstellen, dass der Antrag als Pilotprojekt funktionieren kann. Trotzdem sollte man über dieses Thema nochmals sprechen und überlegen, wie man weiter damit umgeht.

**Gemeinderat Vortisch** findet es interessant, wie viele Gremiumsmitglieder sich anscheinend im kirchlichen Arbeitsrecht auskennen. Er kenne sich aus, weil er Vorsitzender einer Mitarbei-





sich die Zahlen der Wasserrohrbrüche in den vergangenen 10 – 15 Jahren angeschaut und festgestellt, dass im jährlichen Durchschnitt etwa 55 Wasserrohrbrüche zu verzeichnen sind. Weil insofern etwas Luft zum Haushaltsansatz bestehe, sollte man diesen Ansatz auf 425.000 € kürzen. Es sei nicht die Absicht, den Haushalt aufzublähen, doch könnten diese Einsparungen dazu verwendet werden, auf der Pumpstation am Grenzweg eine Fotovoltaik-Anlage zu errichten. Dieses Pumpwerk habe einen großen Stromverbrauch, eine Fotovoltaik-Anlage biete sich an. Der erzeugte Strom könnte hier eingespeist werden.

**Gemeinderat Schwarz** meint, diese Vorschläge seien zu begrüßen. Ob die Rohrbrüche allerdings in dem geschilderten Maße abnehmen werden sei nicht klar, dies werde sich in der Zukunft zeigen. Die vorgetragene Idee sei auf jeden Fall unterstützenswert. Prüfen sollte die Verwaltung allerdings, ob eine Batterie die wirtschaftlich sinnvollste Lösung darstellt oder man sich auf die Photovoltaikanlage beschränken sollte.

**Herr Renz** erklärt, er kenne momentan die Größe der Dachfläche nicht. Ob eine Batterie sinnvoll ist, sei zu prüfen. Untersuchen müsse man, welcher Stromverbrauch vorhanden ist. Mit der momentanen Einspeisevergütung lasse sich die Installation einer Photovoltaikanlage wirtschaftlich nicht darstellen. Die Verwaltung werde alles prüfen und das Gremium informieren, sollten die zur Verfügung stehenden 25.000 € nicht ausreichen.

**Gemeinderätin Eisenbusch** teilt mit, ihre Fraktion schließe sich dem Antrag an. Allerdings sollte zuvor die detaillierte Einschätzung der Verwaltung vorliegen. Bei der Frage nach einem Speicher rate sie zur Vorsicht, weil diese sehr teuer sind.

**Bürgermeisterin Bodner** lässt danach über **die Anträge der CDU-Fraktion abstimmen. Sie stellt fest, dass beiden Anträgen einstimmig zugestimmt wird.**

**Danach fasst sie zusammen, dass dem Entwurf des Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb mit diesen Änderungen zugestimmt wird.**

#### **4. Eigenbetrieb Abwasser Entwurf Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020 - Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge**

**Herr Sturm** teilt mit, es habe eine Anmerkung der CDU-Fraktion gegeben, die von der Verwaltung beantwortet worden sei. Weitere Anträge lägen nicht vor.

**Gemeinderat Kirchenbauer** bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Antwort. Wenn man über eine Klärwerkssanierung spreche und dies zu einem Preis von vielleicht zehn Mio. Euro, dann müsse man wissen, wie sich dies auf den Abwasserpreis auswirkt. Dass dieser bei Realisierung der Maßnahme um 44 Cent steigen wird, müsse man der Bürgerschaft erklären.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt fest, dass der Entwurf des Wirtschaftsplans zur Kenntnis genommen wird.



## 5. Kommunale Klimapartnerschaft mit der Gemeinde Kidira/Senegal - Beratung und Beschlussfassung

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf den in der Verwaltungsvorlage ausreichend dargelegten Sachverhalt. Es gehe um die Empfehlung, wonach der Gemeinderat die Teilnahme der Gemeinde am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaft“ befürworten soll. In diesem Fall würde die Verwaltung beauftragt, eine Projektbewerbung abzugeben. Sie will wissen, ob es hierzu einen Beratungsbedarf gibt.

**Gemeinderätin Fahir** berichtet, sie sei auf einem Informationsworkshop zu diesem Thema in Köln gewesen und könne bestätigen, dass in der Verwaltungsvorlage der Sachverhalt gut beschrieben ist. Es gehe konkret um eine Zusammenarbeit mit einer anderen Kommune auf die Dauer von zwei Jahren. Die Bewerbung sei zunächst einmal unverbindlich angelegt, die Chancen auf eine Zusage würden allerdings nicht schlecht stehen. Wenn der Gemeinderat heute seine Zustimmung erteile, habe man die Politik und mit den Naturfreunden Berghausen auch eine zivilgesellschaftliche Organisation mit im Boot. Von der vermittelnden Organisation erhalte man ein Handlungsprogramm und drei Termine für einen Expertenaustausch. Die Gemeinde könne es sich aussuchen, ob man nach Kidira im Senegal fährt oder die dortigen Vertreter nach Pfinztal kommen. In zwei Jahren soll auf jeden Fall ein konkretes Handlungsprogramm geschaffen sein. Wenn die Aufnahme in das Programm gelinge erfahre man nochmals besser, woher man Zuschüsse erhalten kann. Auch finde eine durchgängige Beratung statt. Start des Programmes sei erst im November, weil viele Kommunen noch gar nicht so weit sind wie Pfinztal. Ganz wichtig sei die Bereitschaft der Gemeinde, an allen Terminen teilzunehmen, eine Vereinbarung zu unterzeichnen und am Schluss einen Bericht zu verfassen. Die Klimapartnerschaft soll eine mittel- bis langfristige Zusammenarbeit sein.

**Gemeinderat Ringwald** teilt mit, von Seiten der CDU-Fraktion stehe man der Bewerbung positiv gegenüber, man begrüße die Teilnahme. Im Beschlussvorschlag nach Ziffer 3 wird dargelegt, dass die weitere Organisation und Planung vom Partnerschaftsausschuss zusammen mit der Verwaltung geleistet werden soll. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob der Gemeinderat in diesem Fall in dieser Angelegenheit außen vor sein wird.

**Herr Bauer** erläutert das Verfahren, der Gemeinderat sei natürlich nicht komplett außen vor, sondern sei gefragt, wenn es an die Umsetzung konkreter Projekte geht und man hierfür Gelder braucht. Auch müssen Verwaltung und Partnerschaftsausschuss den Gemeinderat ständig auf dem Laufenden halten.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** meint, um den geäußerten Verdacht von Gemeinderat Ringwald zu entkräften habe man vor, den Antrag ganzheitlich als Gemeinderat zu stellen. Man freue sich sehr, dass die Verwaltung die eingebrachte Idee übernommen hat. Die Vorlage enthalte alle Informationen und alle Argumente, weshalb der Empfehlung zugestimmt werden sollte.

**Gemeinderätin Fahir** gibt noch Informationen zu den Kosten und meint, am Beispiel einer Kommune sei sehr schön zu sehen, dass lediglich die Personalkosten zu Buche schlagen, es aber viele Töpfe gibt, aus denen man einzelne Projekte finanzieren kann. Sie gehe davon aus, dass die Teilnahme an diesem Projekt für die Gemeinde nicht teuer wird.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt danach die **Beschlussvorschläge der Verwaltung zur Abstimmung. Einstimmig fasst das Gremium folgende Beschlüsse:**

1. **Der Gemeinderat befürwortet die Teilnahme am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaft“ und unterstützt diese.**
2. **Die Verwaltung wird zur Abgabe einer Projektbewerbung – vorbehaltlich der positiven Prognose von Frau Ursula Georg – bis 15.03.2020 beauftragt.**



3. Mit der weiteren Organisation und Planung des Projekts wird die Verwaltung gemeinsam mit dem Partnerschaftskomitee beauftragt.

## 6. Lärmaktionsplanung 3. Runde (Fortschreibung) - Zwischenbericht und Offenlagebeschluss - Beratung und Beschlussfassung

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die Darlegungen in der Verwaltungsvorlage. Ziel der Lärmaktionsplanung sei es, schädliche Auswirkungen durch Umgebungslärm zu verhindern, ihnen vorzubeugen oder sie zu vermeiden. Die Gemeinde Pfinztal habe erstmals 2008 einen Lärmaktionsplan aufgestellt, eine Fortschreibung in Stufe 2 erfolgte 2015. Aktuell befinde man sich im Prozess zur Lärmaktionsplanung der 3. Runde. Hierzu habe ein beauftragtes Fachbüro Nachberechnungen aufgrund neuerer Daten durchgeführt und Vorschläge zur kurz- und mittelfristigen Lärminderung erarbeitet. Dokumentiert sei dies in einem Zwischenbericht, der demnächst auf die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt wird. Zudem soll eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt werden. Sie will vom Gremium wissen, ob ein Diskussionsbedarf besteht.

**Gemeinderat Hörter** erklärt, für seine Fraktion wolle er ein paar ergänzende Worte zu diesem Thema sagen, das im Technik- und Umweltausschuss vorbesprochen wurde. Seine Fraktion sei der Meinung, dass die Anregungen mit Stärkung des ÖPNV und einem Radwegausbau sicherlich zielführend sind. Klar sei, dass die Bürger vom Motorrad- und Lkw-Lärm sehr beeinträchtigt werden. In letzter Zeit gebe es vermehrt ein sogenanntes Auto-Posing, wo beispielsweise Auspuffanlagen verbaut werden, die nicht der Regel entsprechen. Die Fahrzeuge würden dadurch wesentlich lauter, was sehr lästig sei. Aus diesem Grund sollten Kontrollen und Messungen stattfinden. Ansprechen sollte man auch den Bahnlärm, der allerdings nicht Gegenstand der Pfinztaler Lärmaktionsplanung sei. Weil dies allerdings Auswirkungen auf die Pfinztaler Bevölkerung hat, sollte über die Erhebungen der DB bezüglich ihrer Lärmaktionsplanung berichtet werden.

**Gemeinderätin Eisenbusch** hält den Lärmaktionsplan für ein ganz wichtiges Instrument, auch wenn die Menschen meinen, er sei ein zahnlöser Tiger. Dies stimme nicht. Man habe es aufgrund des Lärmaktionsplans beispielsweise geschafft, in Pfinztal fast flächendeckend ein Geschwindigkeitslimit von Tempo 30 einzurichten. Ihre Fraktion sei sehr daran interessiert, die Zielsetzungen des Lärmaktionsplans weiter zu verfolgen. Allen Gegnern dieses Geschwindigkeitslimits sage sie, dass es sehr viele Betroffene gibt und sich deren Anzahl erhöht hat. Viele Menschen würden nicht nur in einem gesundheitskritischen Bereich, sondern in einem gesundheitsgefährdeten Bereich wohnen. Erschreckend sei, dass diese Zahlen zunehmen, obwohl Tempo 30 ausgewiesen ist. Aus diesem Grund seien alle aufgefordert, die Ziele des Lärmaktionsplans umzusetzen und durchzusetzen. Tempo 30 sei deshalb ein gutes und gerechtfertigtes Mittel, um Lärm zu vermeiden. Wenn man sich die ganze Liste der möglichen Maßnahmen anschau, könne man das als eine ganz tolle Sache empfinden. Allerdings sei es so, dass die Gemeinde nur ein Minimum dieser Maßnahmen umsetzen kann, der Spielraum sei sehr begrenzt. Aus diesem Grund halte sie es für wichtig, solche Maßnahmen voranzutreiben, deren positive Wirkung recht hoch ist. Sie denke hierbei beispielsweise an Fahrbahnsanierungen. Von den übergeordneten Behörden sollte man sich deshalb nicht verträsten lassen und immer wieder versuchen, die Realisierung durchzusetzen. Denn letztlich gehe es um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** meint, alle hätten sich sicherlich die Unterlagen gut durchge-



lesen, das Thema sei im Technik- und Umweltausschuss vorberaten. Es sei nicht mehr nötig, die Argumente auszutauschen, man könne zur Abstimmung übergehen.

**Einstimmig fasst das Gremium danach folgenden Beschluss:**

- 1. Die Lärmaktionsplanung (Lärmaktionsplan Stufe 2 vom Mai 2015) ist gemäß § 47d Abs. 5 BImSchG fortzuschreiben (Lärmaktionsplanung 3. Runde). Der Gemeinderat beschließt die Fortschreibung der Lärmaktionsplanung auf Basis des Zwischenberichts (Stand Dezember 2019).**
- 2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 47d Abs. 3 BImSchG sowie die Beteiligung der Behörden/Träger öffentlicher Belange gemäß § 47d Abs. 6 i.V.m. § 47 Abs. 6 BImSchG ist durchzuführen. Der Zeitpunkt wird in das Ermessen der Verwaltung gestellt.**

**7. Bebauungsplan "Auf der Höhe / Grötzinger Straße", OT Berghausen  
- Aufstellungsbeschluss  
- Beschluss über den Erlass einer Veränderungssperre**

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die Verwaltungsvorlage, die folgenden Sachverhalt aufzeigt:

Ausgangssituation

*Der Gebietscharakter des Plangebiets entspricht dem eines Allgemeinen Wohngebiets (WA) nach § 4 BauNVO. Prägend für das Gebiet ist die Wohnnutzung. Entsprechend werden die Grundstücke vorrangig auch zu Wohnzwecken genutzt, mit Ausnahme der Grundstücke Flurstück Nr. 3226, 3227 und 8892. Auf diesen Grundstücken befindet sich eine Tankstelle (Esso-Tankstelle). Die Tankstelle wird von der Karlsruher Straße her erschlossen.*

*Bereits im April 2018 stellte der ehemalige Eigentümer der Tankstelle (Grundstückseigentümer, Eigentümer Tankstelle und Tankstellenpächter sind unterschiedliche Personen) einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für den Abbruch und den Neubau einer neuen Tankstelle. Auf BV/096/2018 wird verwiesen. Im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens wurde seitens des Regierungspräsidiums Karlsruhe darauf hingewiesen, dass spätestens im Zuge des Planfeststellungsverfahrens eine Abstimmung mit dem Bauherrn stattfinden müsse, da das Sicherheitsaudit für die B293-Ortsumfahrung fordere, die westliche Einfahrt zur Tankstelle bei einem Ausbau der B10 (Geh- und Radweg) zu unterbinden. Der Bauantrag wurde mit Datum vom 14.11.2018 zurückgenommen. Zwischenzeitlich fand ein Eigentümerwechsel statt. Der neue Eigentümer beabsichtigt nunmehr, die Tankstelle abzubauen, neu zu errichten und um eine Verkaufsfläche mit Backshop und Burger King – Schnellimbiss zu ergänzen.*

*Bauplanungsrechtlich ist eine Tankstelle auch im faktischen Allgemeinen Wohngebiet nach § 34 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO nur ausnahmsweise zulässig; die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sind nach § 34 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauNVO grundsätzlich allgemein zulässig. Zumindest der Schnellimbiss – und vermutlich auch der Backshop – dürften, aufgrund der Tatsache, dass sich das Angebot klar und gezielt an einen überörtlichen Kundenverkehr richtet (insbesondere an den „Durchgangsverkehr“), aber nicht zu jenen Speisewirtschaften dienen, die der Versorgung des Baugebiets dienen. Sie wären somit bereits heute nicht zulässig.*

*Nach Aussage des Regierungspräsidiums Karlsruhe soll das Planfeststellungsverfahren für die B293 Ortsumfahrung Berghausen nun in diesem Jahr eingeleitet werden. Die derzeitige Planung sieht vor, die bestehende B10 auf Höhe des Flst.Nr. 8888 mit einem Kreisverkehr an die neue Trasse anzubinden. Sämtlicher bisheriger Durchgangsverkehr in Richtung Jöhlin-*



gen von Grötzingen bzw. der neuen B293 Ortsumfahrung kommend, soll künftig an der Ortsdurchfahrt Berghausen vorbei geleitet werden. Es wird mit einer erheblichen Verbesserung der bestehenden Situation (Verkehr / Lärm und Schall) an der B10 gerechnet.

Dies wird zum Anlass genommen, die Wohnnutzung im Gebiet bereits heute bauplanerisch zu fördern/steuern und insbesondere die am Ortseingang gelegene Wohnbebauung zu stärken.

#### Weiteres Vorgehen

Um für das Gebiet eine geordnete städtebauliche Steuerung und langfristig verträgliche Entwicklung zu gewährleisten, ist deshalb ein Bebauungsplan aufzustellen. Zur Sicherung der Planung ist eine Veränderungssperre zu erlassen. Die Wohnnutzung soll gerade im Bereich des Ortseingangs gestärkt werden und das „faktische“ Allgemeine Wohngebiet nach § 34 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO planungsrechtlich festgeschrieben und weiterentwickelt werden. Es soll daher im Plangebiet ein Allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO festgesetzt werden. Zur Stärkung der Wohnnutzung, wozu auch die geplante und zu erwartende Förderung der Wohnruhe zählt, sollen Nutzungen nach § 4 Abs. 3 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplans werden. Die Planung soll durch eine Veränderungssperre nach § 14 BauGB gesichert werden.

Auf den beigefügten Bebauungsplanentwurf samt Erläuterungsbericht wird an dieser Stelle verwiesen.

Sie teilt mit, der Sachverhalt sei im Technik- und Umweltausschuss vorberaten, und will wissen, ob es einen weiteren Beratungsbedarf gibt.

Nachdem dies nicht der Fall ist, fasst der Gemeinderat folgenden **einstimmigen Beschluss**:

- 1. Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurfsplan (Bebauungsplan „Auf der Höhe/Grötzingener Straße“, OT Berghausen) mit Erläuterungstext – jeweils mit Stand 01/2020 – als Grundlage für die weitere Planung (Ausarbeitung und Verfeinerung des Entwurfs als Vorbereitung der frühzeitigen Beteiligung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB).**
- 2. Zur Sicherung der Planung wird gemäß § 14 BauGB eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich erlassen. Die Veränderungssperre tritt am Tag nach ihrer ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.**

- 8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Modernes Wohnen in der Seltenbachstraße, 1. Änderung", OT Berghausen**
  - Entwurfs- und Offenlagebeschluss
  - Beschluss über den Abschluss des Durchführungsvertrages

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die Verwaltungsvorlage zu diesem Thema und darauf, dass der Gemeinderat im September 2019 die Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Modernes Wohnen in der Seltenbachstraße“ beschlossen hat. Nachdem die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit abgeschlossen sei gehe es nun um die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange. Vor dem Satzungsbeschluss sei außerdem ein Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger abzuschließen.

Sie will wissen, ob es Wortmeldungen zum Thema gibt und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

**Einstimmig fasst das Gremium danach folgenden Beschluss:**



1. Der Bebauungsplanentwurf ist gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgt parallel. Der Zeitraum wird in das Ermessen der Verwaltung gestellt.
2. Der Durchführungsvertrag wird anerkannt. Der Vertrag ist notariell beurkunden zu lassen. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Vertrag zu unterzeichnen bzw. Untervollmacht zu erteilen.

9. **Fortschreibung Landschaftsplan (LP) 2030 / Flächennutzungsplan (FNP) 2030**  
- abschließender Beschluss Fortschreibung LP 2030  
- erneuter beschränkter Offenlagebeschluss Fortschreibung FNP 2030

**Bürgermeisterin Bodner** teilt mit, der Technik- und Umweltausschuss habe sich am 04.02.2020 bereits mit diesem Sachverhalt befasst und dem Gemeinderat die Annahme der Beschlussvorschläge der Verwaltung empfohlen. Sie macht deutlich, dass das Flächennutzungsplanverfahren und das Landschaftsplanverfahren vom Nachbarschaftsverband Karlsruhe durchgeführt werden. Dieser habe bereits 2012 den Einleitungsbeschluss für die Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030 und den Aufstellungsbeschluss für den Landschaftsplan 2030 gefasst. Weil nach der Offenlage des Flächennutzungsplans Änderungen vorgenommen werden mussten, sei dieser Verfahrensschritt allerdings zu wiederholen. Flächen auf Pfinztaler Gemarkung seien hiervon nicht betroffen. Das Verfahren des Landschaftsplans soll mit einem abschließenden Beschluss zu Ende gebracht werden. Beide Beschlüsse sind von der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands zu beschließen, die Gemeinde habe davon Kenntnis zu nehmen.

**Gemeinderat Dr. Rahn** teilt mit, die ULiP nehme den Landschaftsplan, aber nicht den Flächennutzungsplan zustimmend zur Kenntnis. Dies deshalb, weil der Flächennutzungsplan viel mehr neue Wohngebiete ausweist, als nachhaltig und im Sinne des Klimaschutzes für Pfinztal sinnvoll wären. Für den Bereich der Gemeinde Pfinztal müssten mindestens die Gebiete „Bühl“, „ICT-Süd“ und „Blümlesheld“ aus dem Verfahren genommen werden. Weitere Gebiete müssten in ihrem Umgriff verkleinert werden. Die ULiP werde deshalb dem Flächennutzungsplan nicht zustimmen. Pfinztal befinde sich in einer Region, in der Vollbeschäftigung herrsche und es einen Fachkräftemangel gibt. Er halte es für unsinnig, noch mehr Gewerbeflächen zu entwickeln und noch mehr Einwohner zur Ansiedlung anzulocken. Er macht darauf aufmerksam, dass in Deutschland über zwei Millionen Wohnungen leer stehen. Man müsste deshalb lenkend darauf hinwirken, dass Menschen und Arbeitsplätze dort angesiedelt werden, wo die Infrastruktur untergenutzt ist. Denn eine Politik, wo jede Gemeinde weiter wachsen will, sei kontraproduktiv für das Gemeinwohl.

**Gemeinderat Hörter** meint, die CDU-Fraktion sehe dies etwas anders. Pfinztal befinde sich in einem Nachverdichtungsraum nach der Landesentwicklungsplanung. Die Stadt stoße im Blick auf den Wohnungsbau und die gewerbliche Entwicklung an ihre Grenzen. Aus diesem Grund sei das Umland gefordert, mehr neue Flächen auszuweisen. Die Gemeinde müsste also viel mehr neue Flächen fordern. Man sei allerdings seit Jahren mit einem minimalen Programm im Flächennutzungsplan vertreten, normalerweise müssten 10 – 15 ha neue Flächen gefordert werden. Erst später, wenn es um die konkrete Bebauung gehe, müsse entschieden werden, welche Flächen in Anspruch genommen werden. Er weist darauf hin, dass im neuen Baugebiet alle Bauplätze vergeben sind. Wenn man dies wisse und bezahlbaren Wohnraum schaffen möchte, dann müsse man Dr. Rahn widersprechen. Er macht deutlich, dass die CDU-Fraktion beiden Beschlussanträgen zustimmen wird.



**Gemeinderätin Eisenbusch** erklärt, die SPD-Fraktion sei sehr neutral in dieser Sache, man werde zustimmen. Allerdings wolle sie eine generelle Anmerkung machen. Die Vorgehensweise halte sie zunächst für richtig, wo quasi ein Moratorium verhängt wird. Die Sichtweise von Gemeinderat Dr. Rahn halte sie in Teilen für richtig. Was in der Flächennutzungsplanung enthalten sei, stamme aus einer langen Vorzeit, wo es sicherlich noch ganz andere Kriterien gab. Dies habe man bei der angedachten Entwicklung des Gebietes „Bühl“ schmerzlich bemerkt. Obwohl man sich einig war, habe man dieses Gebiet aufgeben müssen, weil zwischenzeitlich andere Kriterien wichtig wurden. Man halte es für richtig, dass von der Verwaltung deshalb vorab zu untersuchen ist, welche Gebiete noch in Frage kommen. Auf dieser Grundlage müssten die Entscheidungen getroffen werden. Fakt sei allerdings auch, dass rein nach den Zahlen im gewerblichen Bereich ein Defizit in der Flächenausweisung besteht. Sie verstehe darunter aber nur das Gewerbe, das man für die Daseinsvorsorge der Pfinztaler Bevölkerung benötigt. Im Blick auf die Wohngebiete merke man, dass junge Menschen keinen Wohnraum finden und Pfinztal ein extremes Zuzugsgebiet darstellt. Wenn man dann noch sehe, dass sich ein Neubaugebiet extrem schnell füllt, dann müsse sie ausnahmsweise dem Kollegen Hörter Recht geben. Im Unterschied zur CDU lege die SPD-Fraktion allerdings mehr Wert auf den bezahlbaren Wohnraum. Zunächst sollten die Untersuchungen abgewartet werden. Die Verwaltung werde Kriterien liefern, an denen man sich sicherlich gut orientieren kann.

**Gemeinderat Rothweiler** erklärt, seine Sichtweise sei vom Landschaftsplan bestimmt. Ein Teil dessen sei der Biotopvernetzungsplan. Er sage dies vor dem Hintergrund, dass man in der Gemeinde es fertig gebracht hat, ein kleines Naturdenkmal unterhalb des ICT als Gewerbefläche zu bebauen. Eine Biotopvernetzung sei also hier nicht gegeben. Er halte es für wichtig, dass dieser Biotopvernetzungsplan beachtet wird.

**Frau Schönhaar** weist darauf hin, dass es eine Biotopkartierung aus dem Jahr 1990 gibt, die neu aufgelegt werden soll. Diese wolle man als Grundlage in die Freiflächenplanung integrieren. Die Biotopvernetzung sei wichtig für die Entwicklung von Öko-Konto-Maßnahmen. Auch die laufende Ausgleichsflächenkonzeption soll auf der Biotopvernetzung aufbauen. Bei allem handle es sich um eine Grundlagenerarbeitung, die momentan noch im Laufen sei.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** ist der Meinung, der Flächennutzungsplan spiegle noch immer das alte Denken wider. Über dieses Stadium sei man allerdings schon hinweg. Sie sehe es ähnlich wie Gemeinderat Dr. Rahn, eigentlich müsste man den Flächennutzungsplan ablehnen. Sie vertraue allerdings der Arbeit der Verwaltung und erhoffe sich neue Ideen.

**Gemeinderat Kirchenbauer** wendet sich an Gemeinderätin Eisenbusch und erklärt, auch die von seiner Fraktion befürworteten Baugebiete müssten bezahlt werden. Fortschreibungen des Flächennutzungsplans gebe es immer wieder, es handle sich dabei um die unverbindliche Bauleitplanung. Erst wenn der Gemeinderat eine dieser Planungen umsetzen möchte, werde diese verbindlich. Seine Fraktion halte es also für gut, dass im Flächennutzungsplan mehrere Gebiete für Pfinztal ausgewiesen sind, um schnell reagieren zu können. In der Diskussion um die Flächenentwicklung gebe es zwei Ansätze. Erstens die Überlegung, dass eine Gemeinde nicht weiter wachsen und nicht größer werden will, und zweitens den Fakt, dass die Stadt Karlsruhe nicht größer werden kann, weil kein Raum mehr vorhanden ist, und deshalb das Umland zur Entwicklung gebraucht wird.

**Gemeinderat Ringwald** berichtet vom Versuch, eine einfache Bürofläche von 200 qm in Söllingen und Kleinsteinbach anmieten zu wollen, was fast ein Ding der Unmöglichkeit sei. Er meine, für die ansässigen Gewerbetreibenden brauche man gewerbliche Bauflächen.

**Gemeinderätin Frensch** berichtet, sie höre im Gremium immer wieder, dass Flächen fehlen, ohne genau zu wissen, was fehlt. Ihr fehle insofern eine Grundlage oder eine statistische



Information, was genau benötigt wird, sie hätte gerne Einblick in diese Hintergründe.

**Frau Schönhaar** erläutert, die beauftragte Alternativenprüfung für das Gewerbe beschäftige sich genau mit diesen Fragen. Die erforderlichen Grundlagen, was man zum Beispiel hat und welcher Bedarf besteht, müssten zuerst ermittelt werden, bevor Aussagen zu einzelnen Flächen möglich sind.

**Gemeinderätin Frensch** meint, insofern verstehe sie die Stimmung im Gremium nicht, wo immer so getan werde, als ob alles schon festgeschrieben ist, was nach Aussage von Frau Schönhaar aber nicht der Fall sei.

**Herr Knobloch** fügt einen weiteren Aspekt hinzu. Es sei unmöglich, auf die Schnelle Bauflächen auszuweisen. Dies bedürfe in der Flächennutzungsplanung ausreichender Begründungen. Diese Prüfungen seien für die im Flächennutzungsplan enthaltenen Flächen bereits erfolgt. Im Zuge der Alternativenprüfung würden die im Flächennutzungsplan enthaltenen Flächen, für die es bereits eine Begründung gebe, einer detaillierteren Prüfung und einem Ranking unterzogen; dies sei im Rahmen der Flächennutzungsplanung nicht möglich.

**Frau Schönhaar** ergänzt, die Studie in der Flächennutzungsplanung für das Gewerbe stamme aus dem Jahr 2012. Diese errechne für Pfinztal ein Defizit an Gewerbeflächen. Die Verwaltung habe mit der Alternativenprüfung nun eine Verfeinerung vor, nämlich lokal zu schauen, welche Flächen Prioritäten aufweisen. Das gleiche mache man übrigens bei den Wohnbauflächen auch.

**Gemeinderätin Eisenbusch** macht darauf aufmerksam, es habe einmal ein Einzelhandelsgutachten gegeben mit guten und konkreten Vorschlägen. Diese könnten nochmals in die Betrachtung mit einbezogen werden.

**Gemeinderat Hörter** weist nochmals darauf hin, dass sowohl der Regionalverband als auch der Nachbarschaftsverband ein Defizit bei den Bauflächen für das Wohnen und das Gewerbe festgestellt haben.

**Gemeinderat Dr. Rahn** widerspricht dieser Aussage. Es stimme nicht, dass Pfinztal einen Überschuss an Wohnbauflächen im FNP hat. Diese Flächen seien im FNP nur deshalb genehmigt, weil die Stadt Karlsruhe einen Bedarf, aber keine Flächen hat. Die Gemeinde Pfinztal habe kein Defizit an Wohnbaugebieten.

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, man habe nun zwei Beschlüsse zu fassen, nämlich zum Landschaftsplan und zum Flächennutzungsplan. Sie stellt dem Gremium deshalb folgende **Abstimmungsfragen:**

„Wer stimmt dem Landschaftsplan 2030 zu?“

**Abstimmung: Einstimmige Zustimmung**

„Wer stimmt dem Flächennutzungsplan 2030 und dem erneuten Offenlagebeschluss zu?“

**Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen**

## 10. Mitteilungen der Bürgermeisterin

**Bürgermeisterin Bodner** teilt mit, es lägen derzeit keine Informationen vor, die mitzuteilen



wären.

#### 11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Auf die Frage von **Bürgermeisterin Bodner**, ob es Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt, stellt sie fest, dass keine Handzeichen vorliegen.

#### 12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Bürgermeisterin Bodner** stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen. Sie beendet daraufhin die Sitzung.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

\_\_\_\_\_  
Bürgermeisterin  
Nicola Bodner

\_\_\_\_\_  
Gemeinderätin Fahir

\_\_\_\_\_  
Roland Härer

\_\_\_\_\_  
Gemeinderätin Schaier